

Wir müssen reden. Politik(er) erwünscht!

Veranstaltung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Dresden, 03.02.2015.

Aussagen-/Ergebnis-Protokoll: Peter Stawowy

Richter: Zentrale Themen, die sich aus der Auswertung der über 100 Briefen und e-Mails an die SLpB ergeben haben - und die diskutiert werden sollten:

1. Passen Islam und Demokratie zusammen?
2. Enthält der Islam als Religion ein Gewaltpotential?
3. Ist die Kommunikation zw. Politik und Bevölkerung gestört? Wenn ja, warum?
4. Ist die Kommunikation zw. Verwaltung und Bevölkerung gestört? Wenn ja, warum?
5. Warum sollte man wählen gehen, wenn ohnehin „die Ökonomie regiert“?
6. Gibt es Zusammenhang zwischen Waffenexporten und Flüchtlingsströmen?
7. Warum ist die Berichterstattung so unfair?
8. Wie steht es um die deutsche Asylpolitik?

Im einleitenden Teil haben Vertreter verschiedener Parteien und Institutionen jeweils fünf Minuten Redezeit, um auf die Themen einzugehen. Die Positionen werden im Folgenden auf zentrale Aussagen reduziert (leicht zugespitzt) wiedergegeben:

AfD, Jörg Urban:

- zu Punkt 8: AfD hat im Januar Positionspapier veröffentlicht und fordert darin klare Abgrenzung zwischen Asyl und Einwanderung.
- Ausreisepflicht wird nur schleppend umgesetzt, gleichzeitig sind viele Menschen dabei, die bleiben können sollten - dafür bedarf es eines Einwanderungsgesetzes.
- zu Punkt 3: Ja, Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung ist gestört, AfD freut sich über jeden Demonstranten, der seine Unzufriedenheit zeigt.

Bündnis 90 Die Grünen, Volkmar Zschocke:

- Demokratie funktioniert, wenn man mitmacht - nicht so in Sachsen!
- Seine Beobachtungen: 1. Fehlende Transparenz, fehlendes Wissen! Mitmachen erfordert aber Augenhöhe mit der Verwaltung. 2. Bisherige Bürgerbeteiligungen sind nur Alibi-Veranstaltungen. 3. Bürgerinitiativen würden „zermürbt“. 4. Engagement wird zu schnell diskreditiert. 5. Undifferenzierte grundsätzliche Ablehnung von „der Politik“ schadet allen. 6. Fehlende Diskursfähigkeit – Widerspruch und Kritik werden abgelehnt!

CDU, Christian Piwarz:

- Dankt Frank Richter für Veranstaltungsreihe.
- Appelliert: Alle müssen Ausübung der Grundrechte aushalten!
- Heute nur da, um zuzuhören.

Dresden für Alle, Eric Hattke:

- Politik muss Verantwortung gegenüber Flüchtlingen, muslimisch Gläubigen und Einwanderern übernehmen und diese einbeziehen!
- Nicht alle Pegida-Anhänger sind Rassisten - aber Bewegung hat Hemmschwelle für Rassismus gesenkt.
- Politik hat sich nicht korrekt verhalten und Pegida unberechtigter Weise bevorzugt behandelt.

Die Linke, Rico Gebhardt:

- Verwunderung über angeblich gestörtes Kommunikationsverhalten (Punkt 3): Wenn ich früh beim Kinderarzt bin, bin ich Bevölkerung oder Bürger? Warum wird da überhaupt differenziert? Liegt die Ursache in der Kommunikation durch die Politik?
- zu Punkt 7, Berichterstattung: Soll man sich als Politiker darüber beklagen, dass BILD die höchste Auflage hat? Bekommen nicht die Bürger die Medien, die sie verlangen? Lässt sich Politik in 140 Zeichen (Twitter) transportieren?
- zu Punkt 6, Rüstungsindustrie: Abschaffung bedeutet auch großen Verlust von Arbeitsplätzen und Verlust von Wohlstand, dessen muss man sich bewusst sein! Es gibt eben nicht immer leichte Antworten/Lösungen.

SPD, Sabine Friedel:

- zu Punkt 1, passt der Islam zur freiheitlichen Demokratie? Antwort: JA! Alles passt zur freiheitlichen Demokratie, das ist das Fantastische daran! Grenzen sind immer die Rechte der anderen, die nicht eingeschränkt werden dürfen!
- Was nicht zur freiheitlichen Demokratie passt: Pauschalurteile. Über Leute einer bestimmten Religion. Über ein Geschlecht. Über...
- Ärgerlich: Nicht nur Menschen pflegen Pauschalurteile, sondern auch Verwaltung und Politik. Beispiel Hartz IV: Gesetz geht davon aus, dass jeder Hartz-IV-Empfänger erst einmal Staat betrügen will. Geht so nicht.
- Pegida hat Leute aufgeschreckt - das ist gut! Dass sich viele engagieren, finde ich positiv!

Jens Spahn, Bundestagsabgeordneter CDU:

- In Berlin wird kein Politiker morgens wach und überlegt sich, wie er das Volk ärgern kann! Versuchen Sie sich bitte mal in die Situation eines Politikers reinzusetzen und seine Arbeit und sein Vorgehen zu verstehen. Gleichzeitig versuche ich zu verstehen, woher Ihr Ärger und Ihre Wut kommt.
- Statt auf die Straße zu gehen (können sie gern machen): Gehen sie doch lieber in eine Partei oder Kirche oder oder oder... und setzen sie dort ihre Energie besser ein!

Sammlung der Argumente aus der Diskussion

Hinweis vorweg: Durch die gesamte Diskussion ziehen sich immer wieder die Bitte um Respekt, gegenseitiges Zuhören, herunterschrauben der Emotionen. Besonders (aber nicht nur) Pegida-Befürworter wiederholen – teilweise sehr emotional vorgetragen – den Wunsch nach Respekt und Ende der Ausgrenzung bzw. Beleidigungen als Rassisten, Extremisten, Nazis... Es wird mehrfach der deutliche Wunsch zur Aufhebung von Tabuisierung und sofortigen Stigmatisierung geäußert.

Frank Richter gibt zunächst das erste Thema vor: „Warum ist die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung gestört? Ist es gestört?“ (Punkt 3) Es wird nach der Fishbowl-Methode diskutiert.

Im Folgenden sind Aussagen, Positionen und Forderungen zum vorgegebenen ersten Diskussionsthema anonymisiert, stark gestrafft und geordnet wiedergegeben. Die Wiedergabe erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen im Duktus der Redner.

Positionen zum Thema gestörte Kommunikation:

- Politiker halten Wahlversprechen nicht ein!
- Hinweis eines Bürgermeisters: Aufnahme von Asylbewerbern ist kein „Wahlthema“ für eine Kommune, sondern schlicht Pflicht (vom Gesetz her) - macht Kommunikation so schwierig.
- „Haben zentralistische Parteiendemokratie“ bekommen - das war nicht das, was wir '89 wollten!
- Politiker tricksen – wie in Stuttgart, wo man mit „Ja“-Stimmen musste, wenn man dagegen ist! Unerhört!
- Man muss doch auch Einspruch einlegen können - geht z.B. bei CDU-Parteitag nicht! Da bleibt nur der Weg auf die Straße...
- Bürger müssen Anliegen aber auch so formulieren, dass es klar erkennbar ist!
- Ich finde es unerträglich, wenn Bundespolitik und Parteien ihre Wahlergebnisse präsentieren - die mögen noch so wenige Prozente haben - sie stellen sich alle als Sieger hin!
- Das Schärfste: Die Splitterparteien zw. 5 und 15 Prozent, Mehrheitlich die von links von der CDU, stellen sich hin und verkaufen dem Volk: Wir haben den Wählerauftrag! Frechheit!
- Es gibt eine gewisse Überheblichkeit durch Politiker.
- Zu jeder Wahl kommen die Parteien angekrochen und werben, warum diese oder jene Partei gewählt werden soll. Wenn aber ein Asylheim gebaut werden soll, erfährt man das dann, wenn es schon fast beschlossen worden ist... Das ist etwas, was die Leute auf die Straße treibt!
- Über Nacht werden 500 Mrd. ausgereicht, eine einzige Bank zu retten. Dann werden 100 Mrd. ausgegeben, um EU-Staaten zu retten. Wenn ich dann fordere: Mehr Geld für Bildung, für Kitas, für Straßenbau - ist kein Geld da!
- „Wenn jetzt eine Bewegung aufkommt für mehr direkte Demokratie: Da bin ich gespannt, unter welchem Thema unsere Politiker die Gegendemonstration organisieren!“
- Schauen sie sich mal die Tagesordnung des Stadtrates an: Das geht überhaupt nicht, jeden Bebauungsplan etc. in direkter Demokratie abstimmen zu lassen!
- Warum wurde Pegida von Anfang so abgewertet? Warum verlieren Leute deswegen ihre Arbeit? Warum können Gegner ungehindert hetzen, Namen ins Netz stellen etc.? Ist das Demokratie?
- „Ich war auch 89 auf der Straße. 25 Jahre später stehen wir wieder auf der Straße – dafür muss es einen Grund geben! Wir zeigen auf, dass es Veränderungen geben muss!“
- „Ich wollte demonstrieren, wurden beschimpft und gehindert!“

- Presse schafft bestimmtes Klima: Scheint im Moment darin zu stehen, dass es erlaubte, staatliche erwünschte Ängste gibt (Erderwärmung, Kernenergie, Genmais...) – aber wenn man täglich im Fernsehen die Taten derer sieht, die die mit dem Islam begründen, ist das eine unerwünschte Angst. Damit sollten wir aber gleichberechtigt umgehen!
- Mag sein, dass die Bürger häufig nicht einbezogen werden, aber vielleicht wäre es gar nicht immer machbar? Stellen sie sich vor, ein Dorf beschließt, die Todesstrafe einzuführen?
- „Was ich nicht verstehen kann: Dass Menschen von beiden Blöcken so aufeinander losgegangen sind.“
- Zur Bedeutung von Demonstrationen: Nur 50 Prozent gehen zu Wahlen. Man erwartet nicht viel von Wahlen, kommt da zum Ausdruck. Die Landtagswahl war zu bester Sommerzeit. Jetzt, bei schlechtestem Winterwetter, versammeln sich 22.000 Menschen, um Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen! Heißt: Demonstrationen sind wichtig für die politische Meinungsbildung!
- Für mich hatte Dresden 1991 einen großen Reiz. Die Aufbruchsstimmung, die Neugierde, das offen sein für Neues. Ich frage mich: Wo ist das geblieben? Woher kommt die Angst?

Forderungen zum Thema:

- Listen bei Bundestags- und Landtagswahlen abschaffen!
- Ämter auf max. zwei Amtszeiten begrenzen!
- Brauchen mehr Einbeziehung der Bürger, mehr direkte Demokratie!
- Leute müssen entscheiden dürfen: Bauen wir Kindergarten oder Asylheim!
- Demonstrieren gehen (ist sicher wichtig, aber:) ist nicht gestalten! Gestalten Sie!

Andere Themen/Aussagen, die im Laufe der Diskussion genannt werden:

Probleme mit Flüchtlingen:

- Natürlich gibt's die Menschen, die Bereicherung sind. Aber fragen Sie Busfahrer, Kassiererinnen, die mit Wirtschaftsflüchtlingen zu tun haben! Sagen Sie mir jetzt bitte nicht, die gibt's doch gar nicht!
- Es gibt Leute, die Gesetze nicht einhalten, die gibt es. Wenn einer eine Straftat begeht, sind das gleich „die Ausländer“. Macht Herr Müller das, sind es nicht die Deutschen, sondern Herr Müller!

Themen, die diskutiert werden müssten:

- Rente, Renteneintrittsalter, Rentenhöhe
- Souveränität der BRD. 70 Jahre lang gibt es kein Friedensvertrag. Sind abhängig von USA!